

Kurzbericht

Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe

(24. - öffentliche - Sitzung am 19. Mai 2026)

Tagesordnung:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur institutionellen Förderung der landesweit tätigen Migrant*innenorganisationen**
Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände
(§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

Die Kommission nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/9897](#)

dazu: **Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Kommission führt die Beratung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 18 b Abs. 4 Satz 3 GO LT durch. Sie schließt sich der Empfehlung der Arbeitsgemeinschaft Migrant*innen, Migrant*innen und Flüchtlinge in Niedersachsen vom 5. Mai 2026 an und bittet die Landtagsverwaltung, dem federführenden Kultusausschuss diese Empfehlung sowie die Stellungnahme des Flüchtlingsrates Niedersachsen vom 25. November 2025 und einen Auszug aus der Niederschrift über die heutige Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten. Mit der Berichterstattung im Kultusausschuss werden Frau Seusing und Herr Öztürkyilmaz betraut.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung und Durchsetzung verbindlicher Sprachstandserhebungen und Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung in Niedersachsen**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/10433](#)

Die Kommission bittet die Landesregierung einvernehmlich für seine erste Sitzung nach der parlamentarischen Sommerpause um eine Unterrichtung.

4. **Zukunftssichere Lehrkräfteausbildung gestalten - den Vorbereitungsdienst stärker auf schulpraktische Anforderungen der inklusiven Schule ausrichten!**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/10434](#)

Die Kommission bittet die Landesregierung einvernehmlich für seine erste Sitzung nach der parlamentarischen Sommerpause um eine Unterrichtung.

5. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems**

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände
(§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

Die Kommission bittet die Landesregierung einvernehmlich um eine schriftliche Unter-
richtung.

6. **Verschiedenes**

Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt ergaben sich nicht.